

Arbeitskreis Blumenthal

Verteiler lt. Liste

Bremen, 18.01.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Mitglieder des Arbeitskreises Blumenthal, bitten dringend um Beachtung der anliegenden Erklärung sowie um die Möglichkeit einer Beteiligung an entsprechenden Entscheidungs- und Auswahlprozessen.

Als bestehendes soziales Netzwerk in Blumenthal haben wir großes Interesse an einer effektiven Kooperation mit potenziellen Partnern, die sich für die Belange der in diesem Ortsteil Bremens lebenden Menschen einsetzen.

Mit freundlichem Grüßen,

der AK-Blumenthal

Anlage: Erklärung des AK-Blumenthal
Mitgliederliste des AK-Blumenthal

Arbeitskreis Blumenthal

Erklärung zu der Gesamtsituation in Bremen - Blumenthal und zur George-Albrecht-Straße

In der George-Albrecht-Straße haben vor Jahren vor allem Roma-Familien aus verschiedenen Stadtteilen Wohnraum gefunden (Auflösung Übergangwohnheim Lesum / Lüssum). Die ursprünglichen Bewohner der Straße zogen in das nähere Umfeld im Stadtbezirk.

In den vergangenen Jahren zogen zunehmend weitere extrem hilfebedürftige Personengruppen (andere ethnische Gruppen, Wohnungslose ohne Migrationshintergrund etc.) in diese Straße. Hinweise auf eine zunehmende soziale Problemlage und Lösungsansätze von verschiedenen Institutionen erbrachten bis heute keine Änderung. Aktuell zeichnet sich ferner ab, dass vor allem Zuzüge von Migranten aus Osteuropa und eine starke Zunahme weiterer sozialer und bildungspolitischer Problemfelder zu erwarten sind.

Die Problemlage der George-Albrecht-Straße wird derzeit zunehmend öffentlich thematisiert, aber oftmals unreflektiert und ohne konkrete Kenntnisse der Situation vor Ort wiedergegeben (Vermüllung, Rattenproblematik, Kriminalität etc.)

Die Problemlage speziell einer ethnischen Gruppe oder ethnischen Gruppen allgemein zuzuweisen stellt keinen lösungsorientierten Ansatz dar und ist eindeutig als realitätsfern einzuschätzen. Unstrittig ist, dass die Situation der Straße von einer extremen Hilfsbedürftigkeit verschiedener Personengruppen geprägt ist und dringend kurzfristige, mittelfristige und langfristige Handlungskonzepte entwickelt werden müssen. Konsens bei allen Beteiligten der praktischen Arbeit vor Ort ist entsprechend, dass eine Reduzierung des Problems auf eine Straße oder eine ethnische Gruppe als unverantwortlich und nicht sachdienlich angesehen wird.

Beratungsstellen, Ortsamt, Schulen, Kita, Polizeibeamte und Mitarbeiter des AfSD sehen einen eindeutigen Sozialstrukturwandel in der Region Blumenthal, der die einzelnen Institutionen und Hilfesysteme zunehmend an die Grenze der Leistbarkeit bringt.

Der Bedarf an sozialer Hilfe und Bildungsunterstützung ist in der Region in den letzten Jahren sichtbar stark gestiegen. Immer mehr mittelständige Familien mit und ohne Migrationshintergrund verlassen den Ortsteil bzw. zunehmend sozialschwache Familien wandern zu. Die Auswirkungen des Sozialstrukturwandels werden inzwischen auch im Erscheinungsbild des Stadtteils massiv sichtbar (Geschäftsschließung, Ärzteabwanderung, Leerstände bei Mietwohnungen, Mietpreise, Häuserpreise etc.) Vor Ort wird deutlich, dass

das Zentrum Blumenthals, Rönnebeck und Bockhorn von dem Sozialstrukturwandel am stärksten betroffen sind, andere Stadtteile zeigen ebenfalls zunehmende Sozialstrukturveränderungen.

Die vielfach in der Öffentlichkeit thematisierte Jugendkriminalität bzw. der Brennpunkt George-Albrecht-Straße ist entsprechend als Folge des Sozialstrukturwandels anzusehen. Die Namensänderung einzelner Straßenzüge kann in diesem Zusammenhang keine adäquate Lösungsstrategie zur Problemlösung darstellen.

Eine Veränderung der Situation ist dauerhaft nur mit konkreten und grundlegenden bildungspolitischen, sozialpolitischen und innenpolitischen Lösungskonzepten zu erreichen.

Vor dem Hintergrund der intensiven Hilfebedarfe und daraus resultierender Problemlagen für einzelne Institutionen haben die KollegInnen der verschiedenen Institutionen (z.B. Schulen, Roma-Projekt, Ortsamt, AfSD, Kita und Horte, Polizei, DOKU, Flüchtlingsberatungsstelle der AWO, Caritas etc.) seit Jahren aktiv die Zusammenarbeit gesucht und eine Arbeitsgruppe (Arbeitskreis Blumenthal) gebildet, um über Vernetzung dem entgegenzuwirken und Problemlösungen anbieten zu können.

Als schwierig erwiesen sich Bereiche wie ressortabhängige Finanzlagen, Vorbehalte bezüglich Datenschutz, eingeschränkte Umsetzungsmöglichkeiten, Vorbehalte gegen Polizei und Ortsamt, die fehlende Kooperation mit den Vermietern/Verwaltungsinstanzen und mangelnde Entscheidungskompetenzen, sowie langwierige Entscheidungswege.

In zahlreichen Gesprächen mit den verschiedenen KollegInnen der einzelnen Ressorts (Inneres, Bildung, Soziales sowie Ortsamt und Beratungsstellen) wird deutlich, dass ein zentraler Lösungsansatz für ein erfolgreiches Hilfskonzept in dieser Region in der engen und ressortübergreifenden Zusammenarbeit und Koordination aller Beteiligten liegt, um den vielfältigen Besonderheiten der Region Rechnung zu tragen.

Den Bereichen Kindergarten, schulischer Bildung und beruflicher Ausbildung kommt nach Ansicht des Arbeitskreises eine zentrale Bedeutung zu, da nur Bildungskompetenzen eine weitgehende gesellschaftliche Teilhabe für alle realisieren. Entsprechend wären folgende Lösungsansätze zu empfehlen:

- Die zunehmende umfassende Problematik in der Region Blumenthal bedarf einer „Inklusion“ der Hilfe- und Beratungssysteme.
- Die gemeinsame räumliche Unterbringung der Hilfesysteme Soziales, Bildung und Inneres in einem zentralen Gebäude zur schnellen, transparenten und effektiven Unterstützung vor Ort, die fallbezogen arbeitet (und nicht wie bisher ressortbezogen).
- Das Gebäude nicht nur für Beratung der Ressorts zu nutzen, sondern vielmehr einen Ort zu schaffen, der
 - Kompetenz, Beratung und Hilfestellung vor Ort bietet,

- Bildungsmöglichkeiten initiiert (Alphabetisierungskurse, Nähkurse, Berufsaufbaukurse, Hausaufgabenbetreuung etc.),
 - Möglichkeiten der Begegnung schafft (Cafeteria, Mensa, Veranstaltungsraum etc.),
 - Freizeitmöglichkeiten bietet (Sport, Filmvorführung, Spiel und Spass etc.)
 - zum Vermittler der Kulturen wird.
- Die Errichtung einer Koordinationsstelle Inneres, Soziales, Bildung, Justiz mit Entscheidungskompetenzen und der Aufgabe, umfassende Maßnahmen im Stadtteil ressortübergreifend vor Ort anzuregen und zu koordinieren. Eine Bündelung von Fördergeldern (z.B. WIN, Stopp der Jugendkriminalität, EU-Fördermittel etc.) der einzelnen Ressorts könnten hierfür genutzt werden.
 - Die Zusammenarbeit sollte so gestaltet werden, dass intensive Hilfebedarfe umfassend in den Bereichen Soziales und Bildung betreut werden und flankierend mit Inneres und Justiz koordiniert werden.
 - Ein solches Beratungs- und Begegnungszentrum könnte Familien umfassende und koordinierte Hilfe an einem Ort ermöglichen. Die Kindergärten und Schulen vor Ort würden ferner in der Einrichtung mit Koordinierungshilfen, Beratung und konkreter ergänzender Hilfe unterstützt werden. Über die Einbindung von Sozialpädagogen, Beratungslehrern, Roma-Projekt Bildung und unterrichtsergänzender Maßnahmen von Problemschülern wäre eine ganzheitliche und umfassende Unterstützung im gesamten Stadtteil gewährleistet.
 - Projekte zur Verbesserung der sozialen und baulichen Infrastruktur sollten aufbauend und flankierend initiiert werden (Spielplätze, Grillplätze, Fußballplätze etc.)
 - Wir verweisen ferner auf die Vorschläge zur Problemlösung des Stadtteils Blumenthal, die im Rahmen einer Arbeitsgruppe vor einem Jahr unter der Leitung von Frau Garbe im Sozialzentrum 1 erarbeitet wurden.
 - Entscheidend muss aber sein, dass – ähnlich wie in den WIN-Gebieten – ein Sozialraumkoordinator/Quartiersmanager – eine Anlaufstelle für alle Bürger darstellt und Beteiligungs-Projekte mit den jeweiligen Gruppen (und darüber hinaus) organisiert. Das Prinzip der Gemeinwesenarbeit muss hier handlungsleitend sein, da augenscheinlich die verschiedenen einzelfallbezogenen Ansätze zu kurz gegriffen haben. und es darum gehen muss, ein „erträgliches Miteinander“ über Tun/Begegnung zu erreichen. Die Arbeit des Quartiersmanagers bedarf daher auch eines gesicherten Basisbudgets.

Wir haben diese Gedanken und Vorschläge gemeinsam entwickelt und uns darüber hinaus mit der erfolgreich arbeitenden Quartiersmanagerin in Lüssum beraten, um deren Erfahrungen nutzen zu können (von Gelungenem lernen!)

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und verbleiben in der Hoffnung auf Rückmeldung.

Der Arbeitskreis Blumenthal

Bremen, 10.01.2013

Anhang: Mitgliederliste des AK Blumenthal

Teilnehmerliste AK Blumenthal (Stand Januar 2013)

Name	Einrichtung
Cornelia Britt	Ortsamt Blumenthal
Ulrike Lüddecke	GS Wigmodistraße
Frank Maier	Oberschule Lehmhorster Straße
Stephan Wegner	FÖZ Reepschlägerstraße
Werner Buggel	Sozialzentrum Nord, AfSD
Petra Warneke-Bies	KuFZ Wasserturm
Angela Stocks	Doku Blumenthal
Anne Bammert	Sozialzentrum Nord
Kathrin Müller	Ev. Jugend Blumenthal und Farge
Andrea Nolte-Buschmann	AWO-Beratungsstelle für Flüchtlinge
Thea Fabri	JFH Farge
Helga Graxenberger	Projekt Bildungsförderung für Roma-Kinder
Katrin Wegner-Meinhold	Projekt Bildungsförderung für Roma-Kinder
n.N.	Gesundheitsamt Bremen Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
Nadine Egge	Caritas Team-Nord
Rania Obaidat	GS Wigmodi
Uwe Jantzen	Polizeirevier Blumenthal
Andreas Böhme	Polizeirevier Blumenthal
Abdulkerim Sari	Caritas, Team Nord